

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 21

Artikel: Abdunkeln : die sowjetische Afghanistan-Politik
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094501>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die sowjetische Afghanistan-Politik

Abdunkeln

Die Ermordung Sadats bringt der Sowjetunion nebst grossen Chancen auch einen beiläufigen Vorteil: Solange der Westen um Kairo zittert, denkt er nicht an Kabul. In Afghanistan selbst haben die Sowjets ihren angestrebten Sieg über die Bevölkerung immer noch nicht erringen können. Bis zur Endlösung befolgen sie die erprobte Politik der Isolation und versuchen der Welt beizubringen, dass das Traktandum Afghanistan niemanden sonst etwas angehe. Sie schüchtern die Nachbarn ein und setzen auf das Vergessen der internationalen Öffentlichkeit.

Die Lage der sowjetischen Besatzungstruppen in Afghanistan bleibt prekär. Die sowjetischen Statthalter kontrollieren nur etwa ein Viertel des Landes. Ein weiteres Viertel dürften die Widerstandskämpfer kontrollieren. Etwa die Hälfte der Territoriums ist Niemandland.

Am 14. April hat die «Prawda» erstmals zugegeben, dass die Regierung in Kabul machtlos ist, die Transport- und Verbindungswege offen zu halten. Am 6. Juni hat das sowjetische Fernsehen einen einstündigen Film gezeigt, mit Berichten von Leichen, zerstörten Gebäuden und Massengräbern von «Opfern der Konterrevolution». Zuvor haben sich die sowjetischen Medien damit begnügt, von der Normalisierung der Lage und von den Fortschritten der afghanischen Revolution zu sprechen. Jetzt werden realistischere Berichte vermittelt.

Die Gründe für diesen bemerkenswerten Wechsel der Informationspolitik sind vielschichtig. Zunächst erfährt die sowjetische Öffentlichkeit von den Schwierigkeiten und Rückschlägen: die steigende Zahl von Opfern lässt sich nicht verharmlichen, und zurückkehrende Soldaten berichten als Augenzeugen von der Lage. Vermutlich soll aber die Bevölkerung auch auf kommende Schwierigkeiten vorbereitet werden, besonders was die Ernährung betrifft.

Bislang hat die Sowjetunion in Afghanistan nur eines der Ziele erreicht, das der Intervention gestellt worden ist: Im Schatten der Besatzungsmacht befindet sich das Karmal-Regime immer noch im Amt. Aber der militärische Krieg ist noch nicht abgeschlossen. Die Widerstandskämpfer bezeugen eine hohe Kampfmoral, ob schon sie nicht über zureichende moderne Waffen gegen die sowjetischen Kampfhubschrauber verfügen. Die regierungstreue afghanische Armee konnte nicht reorganisiert werden: sie ist faktisch zusammengebrochen.

Die aussenpolitischen Wirkungen Afghanistans sind für die Sowjetunion äusserst belastend. Vorab wegen dieser Schwierigkeiten kann die Sowjetunion in Polen keinen genügenden Druck ausüben, um dort einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, die das sowjetische Herrschaftssystem zentral in Frage stellt.

Weitere internationale Auswirkungen sind für Moskau ebenfalls besorgniserregend. Die Generalversammlung der UNO, die Mitte September eröffnet wurde, hat das Problem Afghanistan auf die Traktandenliste gesetzt. Am 20. November 1980 hatte sie mit 111 zu 22 Stimmen einer Resolution zugestimmt, die den sofortigen Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des afghanischen Volkes forderte. Ein Jahr später hat die Sowjetunion natürlich immer noch nicht bekundet, dass sie der Aufforderung nachzukommen gewillt ist.

Die afghanische Frage wird auch im Rat der Islamischen Liga diskutiert. Die Menschenrechtskommission der UNO hat am 9. September in Genf die Forderung auf Rückzug der sowjetischen Truppen unterstützt. Vor allem sind es blockfreie und namentlich islamische Länder, die an ihrer Opposition gegen die sowjetische Besatzung festhalten. Um davon abzulenken, heizt Moskau die Israel-Frage und den Anti-Amerikanismus um so stärker an. Die Ermordung Sadats hat natürlich zusätzlich einschüchternde Wirkung.

Als Anfang September das indonesisch-afghanische Solidaritätskomitee in Djakarta an einer Ausstellung Fotos und Filme zeigte, bemühte sich der sowjetische Geschäftsträger mehrmals, ein Verbot der Ausstellung zu erwirken. Als diese Proteste nichts fruchteten, versuchte es Moskau mit einem massiven Druck und drohte, mit seinen Satelliten in der UNO-Generalversamm-

lung bezüglich Ost-Timors gegen Indonesien zu stimmen, statt sich wie bisher der Stimme zu enthalten. Die Regierung Indonesiens hat diesem Druck nicht nachgegeben.

Um internationale Rückschläge in möglichst engen Grenzen zu halten, legte die Regierung Karmal am 24. August neue Vorschläge vor, nicht zufällig knapp vor der Eröffnung der UNO-Generalversammlung. Diese Vorschläge enthielten, so behauptete die «Prawda» am 30. August, neue Punkte in Ergänzung der Vorschläge vom 14. Mai, die drei Tage vor der Zusammenkunft der islamischen Aussenminister in Islamabad bekanntgegeben worden waren. Aber trotz einer etwas flexibleren Haltung Kabuls in Details wird daran festgehalten, dass ein Abzug der sowjetischen Truppen erst nach Anerkennung der Regierung Karmal und nach einer Einstellung des Widerstandes möglich sei. Zudem sei jegliche Diskussion über die afghanische Regierung und ihre Methoden ausgeschlossen. Schliesslich wurden keine Vertreter des afghanischen Widerstandes zu den Gesprächen zugelassen. Und die Rückkehr der rund 2,5 Millionen Flüchtlinge — etwa ein Sechstel der Bevölkerung Afghanistans — wird mit Stillschweigen übergangen. Eine Lösung des Problems ist also nicht in Sicht.

Inzwischen übt Moskau auf Pakistan vermehrten Druck aus, weil dieses Land direkte Gespräche mit Karmal verweigert, um dem Regime keine Anerkennung zu verschaffen. Vom 24. bis 26. August weilte der Stellvertretende Aussenminister Nikolaj Firjubin in Islamabad, der ranghöchste sowjetische Besucher in Pakistan seit der Invasion Ende 1979. Am 5. September flogen drei sowjetische Militärmaschinen Angriffe gegen pakistanische Grenzposten. Eine afghanische Panzerereinheit drang zwei Tage später in pakistanisches Territorium ein.

Diese Zwischenfälle sollten Pakistan an seine Verletzlichkeit entlang der 2400 km langen Grenze mit Afghanistan erinnern. Das «Argument» wurde auch dadurch verstärkt, dass der Bestand der Sowjettruppen in Afghanistan von 85 000 auf über 100 000 Mann angehoben worden sein soll.

Die neuen Vorschläge vom 24. August wurden als die der Regierung Karmal ausgegeben. Tatsächlich aber wurden sie von Moskau diktiert. Minister Wassilij Safrontschuk von der Sowjetbotschaft in Kabul ist zwar offiziell bloss «Berater» des Aussenministeriums, faktisch aber ist er Aussenminister. Im afghanischen Aussenministerium sind neben zwei weiteren Sowjetberatern 15 afghanische Diplomaten beschäftigt.

Nach den Aussagen eines im Mai geflohenen Wirtschaftsberaters des Aussenministeriums sind alle diese 15 Diplomaten insgeheim Gegner Karmals und der sowjetischen Besatzer und warten nur darauf, anlässlich einer Auslandsreise abzuspringen zu können.

Peter Sager

Anlagehefte 4 1/2 %
Kassa-Obligationen 7 %

Anlageplus

(Die City Bank gehört zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt)

Festgeldkonti ab Fr. 25000.-

Anlageplus

CITY BANK

Mehr Zins - Mehr Sicherheit.
Die Formel für den klugen Anleger.

<p>Coupon Bitte senden Sie mir Ihre Unterlagen über Anlageplus.</p>	<table border="0" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Strasse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; text-align: right;">ZB</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">PLZ/Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	Strasse	ZB	PLZ/Ort	
Name	Vorname						
Strasse	ZB						
PLZ/Ort							

Einsenden an City Bank, Talstrasse 58, 8021 Zürich, Telefon 01 211 7611